

Deutschland braucht eine Reform der Energiepreissystematik nach Klimaschutzgesichtspunkten

Januar 2018



- Die bestehende Energiepreissystematik stellt ein Hindernis für die Kopplung der Sektoren und die Energiewende insgesamt dar: Strom ist im Vergleich mit anderen Energieträgern zu teuer, weil er sehr stark durch Steuern, Umlagen und Abgaben belastet ist.
- EWE spricht sich für eine einheitliche Ausrichtung staatlich induzierter Preisbestandteile sämtlicher Energieträger an den Emissionen aus. Somit entsteht ein Level-playing-Field zwischen den verschiedenen Energieträgern.
- Eine emissionsbasierte Energiepreissystematik muss flankiert werden von
 - a) einem Fahrplan zum geregelten Kohleausstieg bis 2030
 - b) der Abschaffung des Wind-/Sonne-Zubaudeckels
 - c) von systematischen Markteinführungsstrategien für P2X-Technologien
 - d) einer weitergehenden Reform des Speicherrechts sowie
 - e) der technologieoffenen Ausweitung emissionsarmer Antriebstechnologien im Verkehr.

Deutschland wird nach einhelliger Expertenmeinung seine Klimaschutzziele für das Jahr 2020 und darüber hinaus verfehlen. Ursächlich hierfür sind nicht nur das steigende Wirtschaftswachstum, sondern ebenso die günstigen CO₂- und Brennstoffpreise. Diesen stehen verhältnismäßig hohe Strompreise gegenüber, die keine finanziellen Anreize für die notwendige Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität bieten. Sie belasten dabei nicht nur Haushaltskunden, sondern haben sich auch für Gewerbe und Industrie zu einem echten Standortnachteil entwickelt. Besonders stark schlagen staatlich veranlasste Preisbestandteile zu Buche: Netzentgelte, Strom- und Energiesteuern, Abgaben und Umlagen bilden heute mit über 75 Prozent den größten Anteil des Strompreises. Ein erster Schritt zur Entlastung wird die anvisierte Senkung der Stromsteuer – aber das allein wird nicht genügen!

Wir bekennen uns als EWE zu den Klimaschutzzielen der Bundesregierung und zum Pariser Klimaabkommen – bis 2050 müssen die nationalen CO₂-Emissionen fast auf Null reduziert werden. Hierfür müssen wir die Treibhausgasemissionen bei der Strom- und Wärmeerzeugung sowie im Verkehrsbereich drastisch reduzieren. Neben dem Grundsatz „Efficiency first“ brauchen wir hierfür dezidiert marktliche Anreize. Dazu gehört insbesondere die **Schaffung vergleichbarer Voraussetzungen für verschiedene Energieträger in preislicher Hinsicht.**

EWE fordert vor diesem Hintergrund **eine Neuausrichtung der staatlichen Regulierung mit dem Ziel, Anreize für die jeweils volkswirtschaftlich effizienteste Klimaschutzoption zu schaffen:** Die staatlich regulierten Preisbestandteile sollten über die Sektorengrenzen hinweg auf einer gemeinsamen Emissions-Basis vereinheitlicht werden. Hierzu müssen die relevanten Steuern in den Bereichen Wärme

und Verkehr orientiert an den Gesamtemissionen umgestaltet werden. Das Ziel muss die Korrektur der bisherigen Wettbewerbsverzerrungen unter den Energieträgern und eine klimapolitisch wünschenswerte Energiepreissystematik über die Sektorengrenzen hinweg sein.

Ein wesentlicher Bestandteil der Energiepreise mit rund 30 Prozent sind die **Netzentgelte**. Vor dem Hintergrund zunehmender Eigenversorgung gerät die Finanzierungsgerechtigkeit für die Infrastruktur in Gefahr – sinkt die Abnahmemenge aus dem Netz, dann steigen die Netzentgelte für die Kundengruppen, für die Eigenversorgung keine Option ist. Mit einer **stärkeren Orientierung an Grund- und Leistungspreisen** kann diese Entwicklung aufgehalten werden, da sich so auch Prosumer angemessen an den Kosten beteiligen. Eine weitere Möglichkeit, steigende Netzentgelte aufzuhalten, ist die optimale **Nutzung aller Flexibilitätpotenziale**, vor allem auch im Verbrauch. Auf unteren Ebenen, insbesondere der Niederspannungsebene, sollen Anreize über **reduzierte Entgelte**, z. B. nach §14a EnWG, gesetzt werden, ergänzt durch eine **aktive Steuerung**, die entweder durch Netzbetreiber oder Vertrieb erfolgen sollte. Auf Ebenen oberhalb der Niederspannung sind **Flexibilitätsmärkte** denkbar, bei denen Netzbetreiber nur die benötigten Flexibilitäten kontrahieren. Die Erkenntnisse aus *enera* und den anderen SINTEG-Projekten sollten hierbei berücksichtigt werden. Heute schon sollten **Hemmnisse** für die Nutzung von Flexibilitäten **beseitigt** werden: Dazu zählt das fehlende Level-playing-Field zwischen Flexibilitätsnutzung und Netzausbau in der Anreizregulierung und falsche Anreize in der Stromnetzentgeltverordnung. Die pauschale Netzentgeltreduzierung nach §19 Abs. 2 Satz 1 StromNEV sollte abgeschafft werden und durch eine Regelung, die echte Systemdienlichkeit belohnt, ersetzt werden.

Langfristig muss die **Weiterentwicklung des europäischen Binnenmarktes im Energiebereich im Vordergrund stehen**. Hierbei geht Deutschland als Vorbild voran, wobei der offenen Koordinierung unter den Mitgliedstaaten der Vorzug etwa gegenüber einer zwanghaften Nivellierung der Preismodelle zu geben ist. Der Energiemix muss weiter in nationaler Hand bleiben, wobei die Gemeinschaft dringend eine Reform des europäischen CO₂-Zertifikate-Handels sowie eine Koordinierung der Stromerzeugungsstrategien anstreben muss.

Allein mit „Efficiency first“ werden wir weder die deutsche noch die europäische Energiewende umsetzen können. EWE spricht sich deshalb für die Flankierung der reformierten Energiepreissystematik durch a) einen Fahrplan zum Kohleausstieg bis 2030, b) die Abschaffung des Wind-/Sonne-Zubaudeckels sowie c) systematische Markteinführungsstrategien für P2X-Technologien aus. Für eine zukunftsfähige Energieversorgung sind indes d) eine weitergehende Reform des Speicherrechts unerlässlich – Speicher sind keine Letztverbraucher – sowie e) die technologieoffene Ausweitung emissionsarmer Antriebstechnologien im Verkehr.

Kontakt

Kevin Rick
EWE AG, Abteilung Markt & Politik

Kevin.Rick@ewe.de
0441-4805 1005

Tirpitzstraße 39
26122 Oldenburg